

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 3

Artikel: Die Diskussion zwischen SPD und SED : von der Fähigkeit zum Frieden
Autor: Eppler, Erhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340598>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

figur dient, wirken drei rechtsgestrickte Gutachter, darunter die im Historikerstreit unrühmlich aufgefallenen Klaus Hildebrand und Michael Stürmer.

Erstes Opfer dieser Gesinnungskontrolleure war das Manuskript über den Sozialdemokraten Gustav Noske von Wolfram Wette. Noske, der während der Weimarer Republik zeitweise Reichswehrminister war, galt weder in der eigenen Partei noch bei liberalen Historikern als weitsichtiger Politiker, weil er während der

Revolution 1918 reaktionäre Freikorps und reguläre Truppen auf die aufständischen Arbeiter schiessen liess. Sein Ausspruch: «Einer muss den Bluthund machen», hat ihn bis heute diskreditiert. Wette sieht Noske zu Recht als problematische politische Figur.

Der sogenannte Beirat lehnte es ab, dem Manuskript die Imprimatur und einen Druckkostenzuschuss zu erteilen. In der Begründung wurde der schwarz-weiss-rote Kern deutlich. Die Veröffentlichung

«dürfte nicht Aufgabe» des Freiburger Instituts sein, «das nun einmal keine freischwebende Forschungseinrichtung ist, sondern im Dienste der Bundeswehr steht».

In Freiburg wurden jedoch Gegengutachten eingeholt, die positiv ausfielen, so dass die Noske-Biographie doch noch erscheinen konnte. Ob allerdings im MGFA zukünftig angesichts der eingeführten Gesinnungskontrolle objektive Forschungen noch möglich sind, ist fraglich geworden.

Die Diskussion zwischen SPD und SED

Von der Fähigkeit zum Frieden

Von Erhard Eppler

Die Auseinandersetzung um das SPD/SED-Grundsatzpapier «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit» geht weiter, vor allem in der DDR. Bereits Ende Oktober hatte SED-Politbüro-Mitglied Kurt Hager sich in einem Vortrag an einer Nach-Interpretation versucht – und damit heftig Kritik bei den Sozialdemokraten der BRD hervorgerufen. Hauptstreitpunkt: die von Hager bezweifelte Friedensfähigkeit des Kapitalismus. Auch Mitverfasser Otto Reinhold im SED-Zentralorgan «Neues Deutschland» bezog Stellung. SPD-Mitautor Erhard Eppler bewertet den Stand der Diskussion.

Es wird gestritten, und das ist gut so. Das gemeinsame Papier, das die Grundwerte-Kommission der SPD zusammen mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED am 27. August 1987 der Öffentlichkeit vorgestellt hat, sollte der Beginn einer systemöffnenden Diskussion sein, nicht deren Abschluss. Dass diese Diskussion in der DDR – und zwar innerhalb wie ausserhalb der SED – leidenschaftlicher geführt werden würde als in der Bundesrepublik, stand zu erwarten.

Die Diskussion beginnt erst

Ebenfalls wenig überraschend war, dass die Dogmatiker in

West und Ost protestieren würden. Und deren gibt es notwendigerweise da am meisten, wo eine Partei sich auf «wissenschaftlichen Sozialismus» beruft, also den Anspruch erhebt zu wissen, wie es wirklich ist. Sozialwissenschaften, die ihre Ergebnisse nicht dauernd selbst anfechten, können auf Dogmen sitzenbleiben, zumal wenn diese im Programm einer herrschenden Partei festgeschrieben werden. Diese Einsicht dämmert auch in kommunistischen Parteien.

Nicht so einfach vorherzusehen war, dass sich der Widerstand gegen das gemeinsame Papier in Ost und West an denselben Stellen entzünden würde. Professor Otto Reinhold,

Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, hat nicht ganz unrecht, wenn er in seinem Interview im «Neuen Deutschland» vom 11. November 1987 meint: «Leuten, die Tag für Tag die Gefahr aus dem Osten predigen, missfällt, dass der Sowjetunion, den sozialistischen Staaten Friedensfähigkeit bescheinigt wird. Leuten, die ununterbrochen erklären, dass der Sozialismus ein starres, dogmatisches System ist, gefällt natürlich nicht, wenn festgestellt wird: der Sozialismus ist entwicklungs- und reformfähig.»

Die Leute, von denen Reinhold spricht, gibt es. Aber weit unruhiger sind jene anderen in der DDR, für die Reinhold sein Interview gab: die kommunistischen Funktionäre, in deren Weltbild es nicht passt, dass nun der Imperialismus friedensfähig und dazu noch reformfähig sein soll.

Dass hier ein beträchtlicher Interpretationsbedarf entstehen musste, war für erfahrene Kommunisten wie Reinhold

oder Rolf Reissig sicher nicht überraschend. Und wer auf unserer Seite damit gerechnet hat, wird solchen Bemühungen nicht gänzlich ohne Wohlwollen gegenüberstehen. Daher kann ich in 95 Prozent des Reinhold-Interviews nichts finden, was dem Papier zuwiderliefe.

Dass ein Marxist-Leninist an der Lehre vom Klassenkampf festhält, ist nicht aufregender, als wenn Margret Thatcher den freien Markt preist. Was Reinhold über den militärisch-industriellen Komplex sagt, kann man in westlichen Gazetten gepfeffelter lesen. Dabei würde ich allerdings hinzufügen: Einen solchen Komplex gibt es in anderer Form auch im Osten. Über die Expansionsbestrebungen westlicher Multis habe ich schon Deftigeres gelesen als bei Reinhold. Interessant ist hier nur, dass Reinhold das Expansionsstreben des «Imperialismus» vorsichtig vom Militärischen ins Ökonomische verschiebt. Wenn ökonomische Machtkämpfe militärische Konflikte nach sich ziehen müssten, wäre ein Krieg zwischen den USA und Japan wahrscheinlicher als einer zwischen Nato und Warschauer Pakt.

Wer ist friedensfähig?

Dass es im Westen Erfahrungen gibt, die auf Expansionsstreben sowohl des Weltkommunismus als auch der Weltmacht Sowjetunion weisen, sei der Vollständigkeit halber hinzugefügt. Grosse Mächte unterscheiden sich, seit es solche gibt, von anderen Staaten dadurch, dass sie notfalls – und was ein Notfall ist, entscheiden sie selbst – Diplomatie und Diskussion durch Androhung oder Einsatz von Gewalt ersetzen.

Daher steht im gemeinsamen Papier nicht, beide Systeme

hielten sich gegenseitig für friedfertig. Das wäre die schlichte Unwahrheit gewesen, und zwar für beide Seiten. Es steht da: «Beide Seiten müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten... beide Konzepte (Koexistenz und gemeinsame Sicherheit) wären theoretisch sinnlos und auf die Dauer auch nicht praktikabel, wenn sie die Annahme der prinzipiellen Unfriedlichkeit der anderen Seite aufgrund von deren Ideologien oder Interessenstrukturen einschliessen. Beide Seiten müssen daher für eine erfolgreiche Friedenspolitik beim jeweils anderen ein authentisches Interesse an der Erhaltung des Friedens in der atomar gerüsteten Welt voraussetzen – der Erfahrung friedensgefährdender Konflikte zum Trotz.»

Hier gibt es nichts zu deuteln. Unsere Erfahrungen sprechen nicht für die prinzipielle Friedlichkeit, sondern für die permanente Konfliktbereitschaft beider Seiten. Dagegen hilft nur eine Friedenspolitik der gemeinsamen Sicherheit. Die aber ist sinnlos und unverantwortlich, wenn dem andern nicht prinzipiell die Fähigkeit zu einer solchen Politik zugesprochen wird.

Wie liesse sich Friedenspolitik gegenüber einem Staat oder einem System rechtfertigen, wenn dieser Gegner – wie etwa Hitler – zum Frieden unfähig und zum Krieg entschlossen wäre? Daher dürfte es westliche Friedenspolitik nicht geben, wenn, gemäss der Totalitarismus-Theorie, Gorbatschow mit Goebbels oder Hitler vergleichbar wäre. Dann wäre Entspannungspolitik wirklich nur Appeasement, Reykjavik 1986 nur eine Neuauflage von München 1938.

Während die Totalitarismus-Theorie im Westen langsam – viel zu langsam – abstirbt, kommen der SED Teile ihrer eigenen Ideologie, oft auch ihr ei-

gener Sprachgebrauch in die Quere. Es ist eben allzu simpel, die vielfältigen Kräfte der westlichen Gesellschaft und Wirtschaft unter dem Namen «Kapitalismus» oder gar «Imperialismus» zusammenzufassen.

Die eigene Sprache steht im Weg

Tut man dies, so entsteht schon sprachlich das Problem: Kann der Imperialismus jemals anders sein als imperialistisch, also kriegerisch? Aber ist westliche Demokratie und Imperialismus identisch?

Auf meine Bitte, einmal Merkmale einer imperialistischen Gesellschaft zu definieren, wurde ich belehrt, dass dort das Finanzkapital, vor allem in Form mächtiger Banken, eindeutig dominiere, eng verflochten mit Grossindustrie und multinationalen Konzernen, dass die Gesellschaft geistig und faktisch durch und durch militarisiert sei. Meine Antwort: «Da würde mir nur ein Beispiel einfallen: die Schweiz, aber die bedrohe nicht einmal Liechtenstein.

Michail Gorbatschow hat im letzten Teil seiner Rede zum siebzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution die Frage nach der Friedensfähigkeit des «Imperialismus» aufgeworfen und sehr ausführlich, für westliche Beobachter auch umständlich abgehandelt. Aber seine Antwort ist klarer als seine Begründung: Ja, es ist möglich und nötig, mit der westlichen Welt zusammen die Überlebensfragen der Menschheit anzupacken.

Auch Professor Reinhold weiss sehr wohl, wie differenziert das Kräftespiel im Westen ist. Er stellt fest, dass sich sogar «im Lager der herrschenden imperialistischen Kreise ein bedeutender Differenzierungsprozess vollzieht». Also nicht einmal die Imperialisten im engeren Sinne sind einfach nur Imperialisten, ganz zu schweigen

von den Gruppen, Kräften und Institutionen, die im Westen die Macht dieser Kreise beschränken, um Einfluss und Mehrheit ringen.

Nur vor dem Hintergrund dieser allzu simplen Terminologie wird die Streitfrage verständlich, ob der Imperialismus nun friedensfähig sei oder, wie Politbüro-Mitglied Kurt Hager meint, erst friedensfähig gemacht werden solle. Wer in aller Welt soll den Imperialismus friedensfähig machen? Die SED? Da würde sie nicht nur ihre Kragenweite überschätzen, sondern auch jede Einwirkungsmöglichkeit von aussen.

Auch Gorbatschow warnt in seiner Jubiläumsrede vor solchem Irrglauben: «Freilich kann die Natur einer Gesellschaftsordnung nicht unter dem Einfluss äusserer Umstände verändert werden.» So realistisch ist auch Reinhold. Im

Grunde meint er, dass die innere Komplexität, der Bewusstseinswandel quer durch die Gesellschaft die westlichen Staaten friedensfähig mache, und dies trotz allem, was Lenin über Expansivität des Monopolkapitals zu Papier gebracht hat, trotz allem auch, was Reagans Redenschreiber an Grobheiten formuliert haben.

Bewährungsprobe für die Streit-Kultur

Das gemeinsame Papier sagt eben nicht, dass jede Seite die andere friedensfähig machen müsse. Entweder sie haben die Fähigkeit zum Frieden oder sie haben sie nicht. Aber beide Seiten sollten die Kräfte des Friedens auf der anderen Seite ermutigen, durch praktische Friedenspolitik die Friedensfähigkeit der anderen Seite ansprechen, aktivieren, herauslocken.

Natürlich hat Reinhold recht, dass auch im Westen manche an ihren Feindbildern hängen. Aber während Hager dies einfach als Rechtfertigung dafür nimmt, am eigenen Feindbild die Konturen nachzuziehen, möchte Reinhold an die Stelle der Feindbilder auf beiden Seiten die saubere Analyse setzen. Das ist im Sinne des gemeinsamen Papiers.

Im fünften Kapitel dieses Papiers ist nicht von Eintracht und allgemeiner Harmonie die Rede, sondern von einer Kultur des Streits. Sie muss sich auch bei der Interpretation des Papiers selbst bewähren. Und wenn dabei eine Diskussion darüber in Gang käme, wie der Imperialismus-Begriff der Kommunisten handhabbar im Sinne neuen Denkens werden könne, könnte dies dem Frieden nur dienen.

Ein rigoroses Wirtschaftsprogramm als Rezept

Ungarn auf der Suche nach Glasnost

Von Peter Haber

Seit Anfang Jahr heisst es in Ungarn, den Gürtel enger schnallen: Massive Preiserhöhungen und neue Steuern sind Teil eines umfassenden Programmes zur Sanierung der ungarischen Wirtschaft. Gleichzeitig versucht Ministerpräsident Károly Grósz seine Landsleute mit einer vorsichtigen politischen Öffnung ruhigzuhalten.

Den letzten Jahreswechsel werden die Ungarn wohl nicht so schnell vergessen. Bereits vor Weihnachten erlebte Ungarn einen Kaufrausch seiner Bürgerinnen und Bürger, der seinesgleichen suchte. Die vollen Regale wurden leergekauft, vor allem Wertsachen und Gegenstände mit bleibendem Wert waren begehrt. Noch vor den Preiserhöhungen vom 1. Januar wollten die Ungarn ihr Ersparnis loswerden und krisensicher anlegen. Und zwischen Weih-

nachten und Neujahr, teilweise noch einige Tage in das neue Jahr hinein, war der Grossteil der Geschäfte in Ungarn geschlossen: In einer generalstabsmässigen Aktion mussten alle Preise umgeschrieben werden. Einige im voraus bekannt-gegebene Lebensmittelläden sicherten die Versorgung der Bevölkerung mit dem Wichtigsten während dieser Tage.

Diesem neuerlichen Preisschub in Ungarn waren Preiserhöhungen im letzten Sommer auf

alle Energieträger vorangegangen. Damals schon betrugen die Erhöhungen rund 20 Prozent. Ab 1. Januar wurden die Preise auf praktisch allen wichtigen täglichen Bedarfsgütern heraufgesetzt. Nach offiziellen Angaben sollen die Aufschläge rund 15 bis 20 Prozent ausmachen, nach Angaben von Wirtschaftskennern werden aber unter dem Strich mindestens 30prozentige Preisaufschläge erwartet.

Neues Steuersystem

Doch nicht nur die Preiserhöhungen belasten die Kassen der Ungarn zusätzlich: Ebenfalls auf Jahresanfang wurde in